Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3102

09. 08. 79

Sachgebiet 707

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Dollinger, Dr. Häfele, Pieroth, Dr. Biedenkopf, Dr. Waigel, Dr. van Aerssen, Dr. Althammer, Dr. von Bismarck, Haase (Kassel), Hauser (Krefeld), Frau Hoffmann (Hoya), Dr. Hubrig, Dr. Jahn (Münster), Dr. Kreile, Lampersbach, Dr. Langner, Dr. Narjes, Dr. Riedl (München), Sick, Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd), Dr. Schäuble, Tillmann, Dr. Unland, Wissmann, Wohlrabe, Dr. Zeitel und der Fraktion der CDU/CSU

Subventionspolitik der Bundesregierung

Subventionen gehören unbestritten zu den legitimen Instrumenten der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ihre Aufgabe ist es vor allem, bei Umstrukturierungsprozessen in der Wirtschaft gezielt und vorübergehend Hilfestellung zur Anpassung und Umstellung zu leisten.

Die staatlichen Subventionen haben jedoch in den vergangenen Jahren ein Ausmaß erreicht, das einer zunehmenden Kontroll- und Eingriffsmöglichkeit des Staates in die Wirtschaft gleichkommt und eine enorme Belastung des ohnehin hoch verschuldeten Haushalts des Bundes darstellt, wobei immer breitere Arbeitnehmerschichten durch den Zugriff der Steuerprogression verstärkt zur Finanzierung auch dieser staatlichen Leistungen herangezogen werden.

Gleichwohl mehren sich die Stimmen, die ungeachtet der Gefahren einer sich ausbreitenden Subventionsmentalität wie der Gefährdungen der Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verstärkte Subventionen fordern.

In dieser Situation ist es dringend erforderlich, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik Rechenschaft ablegt über die Begründungen, die Effizienz, die Gefahren und die Grenzen der Subventionspolitik.

Deshalb fragen wir die Bundesregierung:

I. *Ordnungspolitische Risiken*

1. Teilt die Bundesregierung die Befürchtung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft,

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

daß die staatliche Subventionsgewährung letztlich auch zu einer „Übertragung von Beteiligungs- und damit Mitentscheidungsrechten an den Staat" führen müsse, was eine Gefährdung der Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bedeute?

Gilt diese Befürchtung nicht erst recht bei Erweiterung der bisherigen Subventionspolitik?

2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die vorgeschlagene Bindung von Subventionen an Kriterien wie Arbeitsplatzbeschaffung, regionale Einkommensverteilung, Sicherung eines langfristigen Wirtschaftspotentials ein Schritt zur staatlichen Investitionslenkung wäre?

3. Teilt die Bundesregierung die in der Öffentlichkeit häufig vertretene Auffassung, daß eine Fortsetzung der Subventionspolitik bisherigen Stils zu einer die wirtschaftliche Dynamik lähmenden Subventionsmentalität führen müsse?

4. Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß verstärkte Subventionen den Selbständigkeits- und Behauptungswillen der Unternehmen aushöhlen, die nicht in den Genuß staatlicher Unterstützung kommen?

5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Begründungszwang für jede Subvention im System der Sozialen Marktwirtschaft eine klare Zielformulierung und überzeugende Darlegung, wie und warum das angesetzte Subventionsmittel die gestellte Aufgabe erreicht, erfordert?

6. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß insbesondere zu begründen ist, welche Ziele des § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes mit der Subventionsgewährung erreicht werden sollen und darzulegen ist, welche Nebenwirkungen zu erwarten sind?

II. Gefahren für die Wirtschaftsentwicklung

1. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft, daß „noch bestehende Bevorzugungen großer Unternehmen, wie sie z. B. durch die Auftragsvergabe, durch staatliche Arbeitsplatzsicherung, durch staatliche Forschungsförderung und sonstige staatliche Förderungsmaßnahmen bewirkt werden" im Interesse fairer Wettbewerbsbedingungen abgebaut werden sollten?

2. Wie groß sind nach Kenntnis der Bundesregierung wettbewerbsverzerrende Auswirkungen von Subventionen für Großbetriebe auf den mittelständischen Bereich?

3. Wie erklärt und rechtfertigt die Bundesregierung die lt. Sechstem Subventionsbericht in den letzten Jahren zu ver-

zeichnende unterschiedliche Entwicklung der Erhaltungs-, Anpassungs- und Produktivitäts(Wachstums)hilfen?

Haben sich die in den Jahren 1975 und 1976 zu verzeichnenden Disparitäten dieser Entwicklung in den folgenden Haushaltsjahren fortgesetzt?

Strebt die Bundesregierung eine Verstärkung der Produktivitäts- und Wachstumssubventionen im Verhältnis zu Erhaltungs- und Anpassungssubventionen an?

4. Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Ausmaß Subventionen zur Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der deutschen Wirtschaft beigetragen haben?

   Gibt es wissenschaftliche Untersuchungen, die diese Zusammenhänge untersucht haben und welchen Aussagewert mißt die Bundesregierung gegebenenfalls diesen bei?

5. Gibt es Anhaltspunkte für die Annahme, daß durch Subventionen wirtschaftliche Tätigkeit aus eigener Kraft benachteiligt oder gar wirtschaftliches Wachstum behindert worden ist?

   Gibt es wissenschaftliche Analysen, die diese Zusammenhänge untersucht haben? Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, solche Untersuchungen in Auftrag zu geben?

6. Sind der Bundesregierung wissenschaftliche Arbeiten bekannt, die detailliert (hinsichtlich der Art wie der Höhe) die Wirkungen staatlicher Subventionen auf einzelne Regionen oder Branchen darstellen?

   In welcher Weise berücksichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls deren Ergebnisse?

7. Welche konkreten Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Aussage des Jahreswirtschaftsberichts 1979, daß insbesondere die im Bereich der Beschäftigung zu verzeichnenden Friktionen als Folge weltweiter Umstrukturierungen und die damit zusammenhängenden Probleme „zumeist und vor allem auf Dauer nicht durch staatliche Erhaltungsmaßnahmen gelöst werden" können?

8. Wie begründet die Bundesregierung das rasche Wachstum der Erhaltungssubventionen gegenüber den Anpassungssubventionen, wenn sie andererseits erklärt, daß durch staatliche Erhaltungsmaßnahmen keine Arbeitsplätze gesichert werden können?

9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wechselwirkungen zwischen Subventionspolitik und Arbeitsplatzsicherung?

10. Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der u. a. vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ausführlich analysierten ausgeprägten regionalen Diskrepanzen der Arbeitslosigkeit

den Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Entwicklungen der Arbeitslosenquoten und den jeweils bisher geleisteten Subventionen?

III. *Subventionen im Lichte der Haushalts- und Steuerpolitik*

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Begrenzung und der Abbau von Subventionen für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unverzichtbar ist?

2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die notwendige Anpassung und die Überprüfung von Subventionen auch mit dem Ziel vorgenommen werden soll, das Subventionsvolumen absinken zu lassen?

3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein ausgewogenes Konzept der Haushaltskonsolidierung auch Zuwendungen einzubeziehen hat, die begrifflich nicht Subventionen im Sinne des § 12 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes sind, sowie andere Transferleistungen, die ihre soziale Zweckbestimmung verfehlen?

4. Ist die Bundesregierung der Meinung, daß dem Bestreben, durch Eingrenzung des Subventionsbegriffes einen Abbau vorzutäuschen, entgegenzutreten ist?

5. Welche Stellungnahme bezieht die Bundesregierung zu der Forderung, Subventionen grundsätzlich zu befristen, um sie einer parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen, soweit der Subventionszweck die Befristung nicht zwingend ausschließt?

6. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß degressive linearen Subventionen vorzuziehen sind?

7. Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß Steuerentlastungen Finanzhilfen vorzuziehen sind, es sei denn, daß die Zweckbestimmung der Subvention dies ausschließt?

   Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Vorteil der öffentlichen Ausweisung der Finanzhilfe im Haushalt gegenüber dem Nachteil der regelmäßig größeren Umverteilungskosten direkter staatlicher Finanzhilfen die Vorzugswürdigkeit der Finanzhilfe vor der Steuerentlastung nicht zu begründen vermag?

   Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das zugunsten der Finanzhilfe vorgebrachte Argument der größeren Zielgenauigkeit der Förderungsmaßnahme angesichts der in den letzten Jahren mit der staatlichen Interventionspolitik gemachten negativen Erfahrungen seine Überzeugungskraft verloren hat?

IV. Konsequenzen für den Subventionsbericht

1. Bedeutet die Tatsache, daß der Jahreswirtschaftsbericht 1979 im Vergleich zu dem vorangegangenen sich wesentlich ausführlicher und kritischer mit den Problemen von staatlichen Interventionen in die Wirtschaft beschäftigt, daß die Bundesregierung eine Kurskorrektur in der Subventionspolitik vornehmen möchte?

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung, daß der Subventionsbericht „eine kritikunfähige Rechtfertigung sämtlicher Subventionstitel" sei?

3. Hält die Bundesregierung die in § 12 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes festgelegte Einteilung nach Subventionsarten für geeignet, Erkenntnisse für eine an den Zielen des § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ausgerichtete Wirtschaftspolitik zu gewinnen?

4. Wie will die Bundesregierung ihre – z. B. im Jahreswirtschaftsbericht 1978 bereits veröffentlichten – Ankündigungen im einzelnen verwirklichen, den Subventionsbericht als finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungshilfe fortzuentwickeln?

5. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Subventionsberichte in ihrer bisherigen Ausgestaltung ein hinreichendes Instrument der Information in bezug auf den Nachweis der Berechtigung, der Wirksamkeit von Subventionen, der Transparenz und damit auch der Erfolgskontrolle eines beträchtlichen Teils der Staatsausgaben darstellen?

6. Gibt es eine Erfolgskontrolle hinsichtlich der durch staatliche Förderung induzierten Investitionen?

7. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auch im Interesse der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die Subventionsvergabe unter stärkeren Begründungszwang, klarere Zielformulierungen und eindeutige Befristungen zu stellen?

8. Wie stellt sich aus der Sicht der Bundesregierung das Problem versteckter Subventionen dar?

9. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß dem gesetzlichen Auftrag, Angaben über das wahrscheinliche Subventionsende bzw. „Vorschläge hinsichtlich der gesetzlichen oder sonstigen Voraussetzungen für eine frühere Beendigung oder einen stufenweisen Abbau der Verpflichtungen" zu machen, im Rahmen des Subventionsberichtes Genüge geleistet wird?

10. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß die im Subven-

tionsbericht ausgewiesenen Subventionen inzwischen auf Dauer festgeschrieben sind?

11. Hält die Bundesregierung das Programm zum Subventionsabbau, das dem Subventionsbericht beigefügt ist, hinsichtlich des Volumens und der politischen Zielsetzungen für realistisch und ausreichend?

12. Welcher Anteil der in den Abbaulisten zum Subventionsbericht angeführten Subventionen fällt (wie z. B. auslaufende Konjunkturprogramme) automatisch weg und ist damit nicht einer Politik der Eindämmung von Staatshilfen im eigentlichen Sinne zuzurechnen?

13. Ist die Bundesregierung bereit, einen nationalen Subventionskodex zu erarbeiten?

V. *Europäische Dimensionen der Subventionspolitik*

1. Welche Veränderungen für die nationale wie europäische Subventionspolitik erwartet die Bundesregierung als Ergebnis des engeren Zusammenschlusses Europas?

2. Mit welchen zusätzlichen nationalen Subventionsaufwendungen rechnet die Bundesregierung im Zuge der weiteren europäischen Integration?

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen von Staatshilfen in anderen EG-Ländern zugunsten deren staatlicher oder halbstaatlicher Unternehmen auf die Wettbewerbslage der konkurrierenden deutschen Industrie?

4. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dämpfend auf die Subventionspolitik in der Europäischen Gemeinschaft einzuwirken, um Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Wirtschaft zu vermindern?

5. Wie weit sind die Bemühungen der Bundesregierung fortgeschritten, zu einem Subventionskodex der Europäischen Gemeinschaft zu gelangen?

Bonn, den 9. August 1979

Dr. Dollinger
Dr. Häfele
Pieroth
Dr. Biedenkopf
Dr. Waigel
Dr. van Aerssen
Dr. Althammer
Dr. von Bismarck
Haase (Kassel)
Hauser (Krefeld)
Frau Hoffmann (Hoya)
Dr. Hubrig
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Kreile
Lampersbach
Dr. Langner
Dr. Narjes
Dr. Riedl (München)
Sick
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Dr. Schäuble
Tillmann
Dr. Unland
Wissmann
Wohlrabe
Dr. Zeitel
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion